

Villiger Kaspar, Bundesrat: Diese Frage muss wirklich gewisse Nerven treffen; es scheint mir so, wenn ich diese lebhaft Diskussion verfolge. Ich versuche, es kurz zu machen. Es wird also die Einführung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer mit dem Zweck verlangt, einen Teil zur Finanzierung einer Kinderrente zu verwenden und den anderen Teil den Kantonen weiterzugeben.

Ich stimme den Überlegungen zu, dass eine Erbschaftssteuer ökonomisch nicht nur negativ zu betrachten ist. Natürlich sind ökonomisch gesehen alle Steuern problematisch, aber es gibt problematischere und weniger problematische. Es ist kein Zufall, dass grosse liberale Ökonomen die Erbschaftssteuer recht positiv beurteilt haben, zum Beispiel in Bezug auf die Chancengleichheit beim Anfang; sie ist sicher ökonomisch gesehen eher besser als Steuern, die auf Arbeitsleistung erhoben werden. Wenn man ein gemischtes Steuersystem hat, wo die Arbeit belastet werden muss – ob man das will oder nicht –, wo die Vermögenserträge belastet werden müssen, weil man sonst zu wenig hat, ist sicher eine Erbschaftssteuer ein vernünftiges Zusatzelement, weil es gewisse Nachteile, die Steuern auf Kapital und Arbeit haben, nicht hat. Ich bin mir auch bewusst, dass in den Kantonen jetzt ein eigentlicher Sturm gegen diese Erbschaftssteuer im Gange ist.

Manchmal finde ich es lustig und interessant, zu sehen, dass Leute sehr emotional werden, wenn es darum geht, dass ihre eigenen Gelder einmal besteuert werden müssen, wenn sie vererbt werden – obschon sie das dann gar nicht merken. Das ärgert sie noch mehr als das, was sie an Steuern auf ihren Einnahmen bezahlen. Anscheinend trifft das irgendwo einen familiären Nerv, was man nicht unterschätzen darf.

Die verfassungsmässige Kompetenz zur Erhebung von Erbschafts- und Schenkungssteuern steht ausschliesslich den Kantonen zu, und deshalb bräuchte es zur Einführung einer solchen Steuer eine verfassungsmässige Grundlage, über die Volk und Stände zu befinden hätten. Im Kreise der kantonalen Finanzdirektoren war man sich zumindest zu Beginn der Achtzigerjahre bewusst, dass es einen gewissen Harmonisierungsbedarf im Bereich der Erbschafts- und Schenkungssteuern gibt. Man wollte dieses Problem aber ohne Verfassungsauftrag lösen und hat deshalb das kantonale Mustergesetz verabschiedet. Das hat sich nicht durchgesetzt. Jetzt hat man ganz klar – nicht nur im Bereich der Erbschaftssteuer, auch anderswo – den Eindruck, dass eher wieder der Trend gegen die Harmonisierung und nicht für die Harmonisierung aktuell ist. Ich finde das nicht sehr positiv – ich meine in formeller, nicht in materieller Hinsicht –, nicht einen nur positiven Trend.

Früher hatten fast alle Kantone eine allgemeine, nach dem Verwandtschaftsgrad abgestufte progressive Erbschaftssteuer. Jetzt wird aber diese Allgemeinheit der Steuer – das ist immer ein Problem – zunehmend durch Ausnahmen aufgeweicht. Ich will Ihnen jetzt nicht vorlesen, was in den Kantonen alles gegangen ist. Es ist ziemlich viel und geht auch so weiter.

Der Bundesrat hat sich verschiedentlich klar gegen eine Bundeserbschaftssteuer ausgesprochen, und zwar vor allem deshalb, weil das ein Steuersubstrat ist, das den Kantonen zusteht und das sie noch immer brauchen. Eine Bundeserbschaftssteuer könnte aus Sicht des Bundesrates dann aktueller werden, wenn die Bestrebungen zur Harmonisierung der kantonalen Erbschaftssteuern endgültig scheitern würden – das sind sie an sich noch nicht, aber im Moment sieht es nicht so gut aus – oder wenn das Steuersubstrat für die Kantone selber bedeutungslos würde.

Das ist nicht der Fall; ich kann Ihnen nicht die Zahlen von 1999 sagen, Frau Fässler, aber immerhin jene von 1998: Es waren 1996 noch 1,1 Milliarden Franken und 1998 immerhin 1,3 Milliarden Franken. Es ist also eher wieder wichtiger geworden, trotz des Abbaus. Wahrscheinlich sind auch die vererbten Vermögen etwas angestiegen.

Der Bundesrat ist immer noch der Meinung, die Kantone sollten sich eigentlich bemühen, die Harmonisierung fort-

zusetzen und die Erosion zu stoppen. Der Bundesrat ist gerne bereit, dabei unterstützend tätig zu werden. Aber eine solche formelle Harmonisierung kann natürlich nur in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen erfolgen; das haben wir im Finanzleitbild auch angesprochen.

Der Bundesrat ist klar der Meinung, dass im Moment auf jeden Fall, und wahrscheinlich auf absehbare Zeit, auf die Einführung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer zu verzichten sei. Er ist auch der Meinung, dass bei Steuern generell – das ist gesagt worden – die Zweckbindungen problematisch sind. Das ist ein flankierendes Element. Aber das Hauptargument ist, dass der Bund nicht auf dieses kantonale Steuersubstrat zurückgreifen sollte.

Das ist der Grund dafür, dass Ihnen der Bundesrat empfiehlt, diese Motion abzulehnen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 99.3087/860)

Für Überweisung der Motion 59 Stimmen

Dagegen 109 Stimmen

99.3200

**Motion Bühler Gerold.
Beseitigung der Umsatzabgabe
bei konzerninternen
Umstrukturierungen**

**Motion Bühler Gerold.
Suppression du droit de négociation
en cas de restructuration
interne à un groupe**

Einreichungsdatum 22.04.99

Date de dépôt 22.04.99

Nationalrat/Conseil national 02.10.00

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Der Bundesrat beantragt Umwandlung in ein Postulat. Der Motionär ist damit einverstanden.

Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

00.3033

**Motion grüne Fraktion.
Offenlegung der Parteifinanzen**
**Motion groupe écologiste.
Publicité du financement des partis**

Einreichungsdatum 08.03.00

Date de dépôt 08.03.00

Nationalrat/Conseil national 02.10.00

Baumann Ruedi (G, BE): Die Motion der grünen Fraktion will den Bundesrat beauftragen, eine Gesetzesvorlage vorzubereiten, die die politischen Parteien sowie Wahl- und Abstimmungskomitees zwingt, ihre Finanzierung offen zu legen.

Es ist schon sonderbar: In allen westlichen Staaten gilt als «grösster anzunehmender Demokratieunfall», dass Geldgeber eine politische Entscheidung gekauft haben könnten. In der Schweiz hingegen sind Lobbyisten herzlich eingeladen, bei Abstimmungen und Wahlen mit Millionen von Franken auf politische Entscheidungen – anonym! – Einfluss zu nehmen. Die Urnengänge bieten erst noch die Möglichkeit, den Mitteleinsatz masszuschneiden und je nach vorherrschender Stimmungslage zu dosieren.

Was in Deutschland ein Riesenskandal ist – ich erinnere an die Affäre Kohl – und zurzeit Frankreich erschüttert – die Partespendenaffäre Chirac –, das ist in der Schweiz tägliche direktdemokratische Praxis. Man weiss: Wer zahlt, befiehlt. Und trotzdem wird hartnäckig verschwiegen, wo beispielsweise die SVP, der Vorort und die Wirtschaftsförderung – neuerdings «Economie suisse» – bei wirtschaftsrelevanten Abstimmungen ihre Mittel, ihre Millionen, organisieren.

In der Schweiz geht der Glaube an die Weisheit und Wachheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger offenbar so weit, dass man ihnen zutraut, sich nicht kaufen zu lassen. Wenn diese anonyme Finanzmacht dann bei komplizierten Vorlagen eingesetzt wird – wobei auch, wie wir bei der letzten Abstimmung erfahren haben, vor schamloser Falschinformation nicht zurückgeschreckt wird –, dann scheue ich mich nicht mehr, von «gekauften Entscheidungen» zu reden, gekauft von anonymen Geldgebern.

Wohlverstanden, aktive Werbung ist nicht verboten, aber die Demokratie lebt von der Offenheit. Warum sagt beispielsweise die UBS nicht, wie viel sie den nationalen Zentralen der bürgerlichen Parteien – FDP, CVP, SVP und LPS – jährlich zukommen lässt? Warum sagt sie das nicht? Die Schweiz wird für finanzkräftige Politakteure mehr und mehr zu einem vorzüglichen Standort. Die direkte Demokratie aber wird durch die geheime Abstimmungsfinanzierung mehr und mehr infrage gestellt.

Die Antwort des Bundesrates auf unsere Motion ist für uns – ich muss das sagen – eine grosse Enttäuschung. Eine Offenlegung sei zwar ethisch wünschbar, sagt der Bundesrat, aber schwer zu kontrollieren. Und dann fährt er schon fast offenerherz naiv fort: Eine jüngst durchgeführte informelle Befragung der Bundesratsparteien habe ein mehrheitlich ablehnendes Bild gegeben. Klar wollen die bürgerlichen Bundesratsparteien die Offenlegung nicht, weil dann gewisse Quellen versiegen könnten.

Da lobe ich mir den Europarat. Diesen Sommer wurden umfangreiche Empfehlungen an die Mitgliedsländer verabschiedet. So soll die nationale Gesetzgebung beispielsweise sicherstellen, dass die Parteienfinanzierung transparent ist, dass die Geschäftsbücher der Parteien alljährlich veröffentlicht und anonyme Spenden ab einer gewissen Höhe verboten werden.

Ich bitte Sie, den Forderungen des Europarates Rechnung zu tragen und unserer Motion zuzustimmen.

Gross Andreas (S, ZH): Ich möchte Sie bitten, die Motion zu unterstützen. Der Bundesrat macht es sich schon ein bisschen einfach, wenn er glaubt, es brauche eine Norm nicht, nur weil wie immer das Risiko besteht, dass es Leute gibt, die eine Norm umgehen möchten. Auf der anderen Seite zitiert er den Bericht der Bundeskanzlei zur Rolle des Geldes in der direkten Demokratie und erkennt das Problem-bewusstsein völlig, das die Bundeskanzlei damals durchaus hatte. Die Bundeskanzlei selber war von der Antwort der Parteien genauso enttäuscht wie Herr Baumann und zog viel vorsichtigere Schlüsse aus der Untersuchung.

Wir müssen uns wirklich bewusst sein, dass die Demokratie ihre Legitimität auch bei jenen, die immer wieder verlieren, nur behält, wenn alle den Eindruck haben, es werde fair gespielt. Wenn die Spielregeln aber so schlecht definiert sind, dass diejenigen, die verlieren, glauben, sie hätten nur verloren, weil die anderen so viel Geld haben, und niemand weiss, woher das Geld kommt, dann verliert die Demokratie ihre Integrationskraft und ihre Legitimität auch bei jenen, die verlieren. Deshalb müssen wir die Umstände, wie die Demokratie funktioniert, viel sorgfältiger beachten und uns anstrengen, dass hier Fairness und faire Regeln eingehalten werden. Vor allem jene, die von der Ökonomie her genau wissen, dass der Wettbewerb nur spielen kann, wenn es Rahmenbedingungen gibt, an die sich alle halten, müssen hier beim politischen Wettbewerb auch auf diese Rahmenbedingungen achten. Es gibt wirklich in allen Ländern – gerade auch in den USA – Erfahrungen, welche Regeln eher nicht umgangen werden können, und von diesen Erfahrungen könnten wir lernen.

Eigentlich lädt diese Motion den Bundesrat ein, solche Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen und für die Schweiz daraus Konsequenzen zu ziehen. Wir vom Parlament haben uns diesen Auftrag durch die Unterstützung von zwei parlamentarischen Initiativen, die hier genannt werden, selber schon gegeben. Aber es wäre sehr wichtig, dass sich der Bundesrat seinerseits daranmachen und sich auch dieses Themas annehmen würde. Sonst geht wirklich die Legitimität, die Integrationskraft der Demokratie verloren, weil gewisse Teile der Bevölkerung nicht mehr glauben, selber eine faire Chance zu haben. Dann fällt das ganze System, nur wegen mangelnden feinen Spielregeln – das wäre zu schade.

Huber-Hotz Annemarie, Bundeskanzlerin: Mit der Motion wird die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage verlangt, welche die Parteien sowie die Wahl- und Abstimmungskomitees verpflichten würde, ihre Finanzen offen zu legen. Dieses Anliegen wird seit über 20 Jahren diskutiert und regelmässig in parlamentarischen Vorstössen wieder aufgenommen. Das Anliegen ist an sich berechtigt und nachvollziehbar. Geld kann einen wesentlichen Einfluss sowohl auf die Art und Weise, wie die direkte Demokratie ausgeübt wird, als auch auf das Ergebnis von Wahlen und Abstimmungen haben.

Auch der Bundesrat hat schon 1988 in seinem Bericht über die Förderung der politischen Parteien festgehalten, dass eine Transparenz der Wahl- und Abstimmungskampagnen ethisch wünschbar wäre. Er kommt aber zum Schluss, dass dazu Sanktionsmöglichkeiten nötig wären, deren Durchsetzung schwierig wäre. Dies ist einer der Hauptgründe dafür, dass die bisherigen Bemühungen erfolglos geblieben sind.

Auch die Bemühungen des Bundesrates im Jahre 1997 waren nicht Erfolg versprechend, als es darum ging, in Beantwortung des Postulates Gross Andreas zur Rolle des Geldes in der direkten Demokratie zu untersuchen, inwieweit der Einsatz von Geldmitteln das Ergebnis von Urnengängen beeinflusse. Die Umfrage unter Parteien, Organisationen und Initiativkomitees lieferte nur wenige konkrete Anhaltspunkte. Nur etwa ein Drittel der Befragten antwortete, und davon nahm nur eine Minderheit inhaltlich Stellung. Die Mehrheit der Parteien äusserte sich damals gegen eine Offenlegung der Finanzen. In einer kürzlich durchgeführten informellen Umfrage unter den Bundesratsparteien äusserte sich die grosse Mehrheit gegen eine Offenlegung ihrer Finanzen. Dies ist einer der Gründe, weshalb der Bundesrat beantragt, die Motion nicht zu überweisen. Er tut dies aber auch wegen den Kontroll- und Abgrenzungsproblemen.

Die jüngsten Beispiele aus dem Ausland zeigen zudem, dass derartige Regeln umgangen werden können und auch umgangen werden. Regeln, die nicht durchgesetzt werden können, bergen die Gefahr in sich, dass das Vertrauen der Bevölkerung in sie verloren geht, was eine Gefahr für die direkte Demokratie bedeuten würde.

Obwohl ich mir bewusst bin, dass ich Herrn Baumann Ruedi enttäuschen muss, bitte ich Sie im Namen des Bundesrates, die Motion nicht zu überweisen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 00.3033/861)

Für Überweisung der Motion 59 Stimmen

Dagegen 105 Stimmen

00.3146

**Interpellation Borer Roland.
Bundesverwaltung.
Informationsflut****Interpellation Borer Roland.
Administration fédérale.
Avalanche d'informations**

Einreichungsdatum 24.03.00

Date de dépôt 24.03.00

Nationalrat/Conseil national 02.10.00

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Herr Borer beantragt Diskussion. Wir stimmen darüber ab.*Abstimmung – Vote*

Für Diskussion 97 Stimmen

Dagegen 42 Stimmen

Borer Roland (V, SO): Ich danke zuerst einmal für die relativ ausführliche Antwort. Mich überrascht, dass man anscheinend nicht einsieht, dass die Informationsflut in der Bundesverwaltung wirklich bald einmal alle Rahmen sprengt. Ich muss das der Antwort entnehmen und in diesem Zusammenhang einfach eine gewisse Uneinsichtigkeit feststellen. Aufgrund der Antwort des Bundesrates stellt man fest, dass auch dort anscheinend nicht einhellig die Meinung vorherrscht, dass aller Aufwand nötig ist, den man unter dem Titel «Kommunikation» betreibt. Nur so kann ich mir die Teilentschuldigungen erklären, unter anderem dort, wo es heisst: «Die grössere Bedeutung der behördlichen Kommunikation widerspiegelt sich in einer Zunahme der produzierten Mittel.» Ein wenig vorher heisst es: «Damit die behördliche Kommunikation nicht in der allgemeinen Informationsflut untergeht, werden moderne, zielgruppenadäquate Kommunikationsmittel eingesetzt.»

Es ist eine Tatsache – in der Antwort festgehalten –, dass die Departemente 26 Personen beschäftigen, die sich hauptsächlich mit Information befassen. Dagegen habe ich eigentlich nichts einzuwenden. Was mich aber stört, ist die Tatsache, dass die Bundesämter – auf Stufe Bundesamt selbst – weitere 67 Personen hauptamtlich im Bereich der Information beschäftigen. Es geht noch weiter: auch Dienststellen beschäftigen weitere 20 Personen. In der Bundesverwaltung arbeiten 113 Informationsbeauftragte; es ist schon so, dass die Bundesverwaltung ein mittleres Medienunternehmen darstellt. 18,4 Millionen Franken werden für Information umgesetzt.

Man kann das richtig finden, man kann das falsch finden – ich persönlich bin der Meinung, dass im Bereich Information zu viel getan wird. Denken Sie nur an die Broschüren von Bundesämtern, Dienststellen usw., die hier in den Vorzimmern des Saales aufliegen. Schauen Sie einmal, wie viele dieser Broschüren am Anfang einer Session in den Vorzimmern liegen und wie viele am Ende. Einige dieser Schriftstücke landen schliesslich einfach ungelesen im Papierkorb. Noch etwas, das mich erstaunt: Auf die Frage, wie viele Printerzeugnisse 1999 produziert wurden – ich nehme ein Beispiel –, wird festgehalten, dass das EDI auf Stufe Departement kein Printerzeugnis, aber auf der Stufe der Ämter und Dienststellen 330 Informationsschriften, Broschüren, produziert hat.

Natürlich stammen 220 Publikationen vom Bundesamt für

Statistik. Da habe ich auch nichts dagegen. Aber weitere 110 Broschüren produzieren Ämter und Dienststellen.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel: Das UVEK produziert auf Stufe Departement keine Schriftstücke, aber auf der Stufe der Ämter und Dienststellen 125, und – jetzt halten Sie sich fest – allein das Buwal produziert 99 von 125 Veröffentlichungen! Wahrscheinlich wäre im Bereich des Umweltschutzes am meisten getan, wenn man dem Buwal verbieten würde, Papier zu bedrucken.

Ich habe die Antwort so, wie sie ist, zur Kenntnis genommen, und ich werde mir erlauben, einen weiteren Vorstoss zu machen, um diese Informationsflut einzudämmen.

Huber-Hotz Annemarie, Bundeskanzlerin: Der Bundesrat nimmt seinen gesetzlichen Informationsauftrag ernst. Die breite Tätigkeit des Bundesrates und der Bundesverwaltung mögen vielleicht den Eindruck erwecken, dass das Informationsangebot sehr umfangreich ist. Der Bundesrat teilt aber die Ansicht des Interpellanten, dass es dem Ziel der Kommunikation schadet, wenn sie in einer allgemeinen Informationsflut untergeht. Er ist deshalb bemüht, die zur Verfügung stehenden Kommunikationsmittel – inklusive Internet – gezielt auf die Bedürfnisse des Zielpublikums ausgerichtet einzusetzen. Dies betrifft sowohl die Quantität als auch die Aufmachung des Informationsmaterials. Dies geht aus dem Anhang 1 der Antwort hervor, insbesondere aus den unterschiedlichen Auflagen der einzelnen Publikationen.

Der Bundesrat ist nicht uneinsichtig, Herr Borer, er ist sich bewusst, dass das Informations- und Kommunikationsangebot laufend überprüft werden muss und auch verbessert werden kann. Er hat deshalb die Bundeskanzlei und die Konferenz der Informationsdienste beauftragt, bis Ende Jahr die Art, die Zahl und den finanziellen Umfang der externen Kommunikationsaufträge zusammenzustellen und das Verhältnis zu den Eigenleistungen aufzuzeigen.

Erlauben Sie mir aber auch den Hinweis, dass zur Information der Öffentlichkeit die interne Information hinzukommt, die als Führungsmittel an Stellenwert gewinnt. Sie wird ebenfalls zu einem grossen Teil von den Informationsdiensten in den Departementen und Ämtern wahrgenommen. Es wird aber auch in diesem Bereich wichtig sein, die Produktion laufend zu evaluieren. Die Diskussion über das Informationswesen und die Öffentlichkeitsarbeit von Bundesrat und Bundesverwaltung führt der Bundesrat auch mit den Finanzkommissionen. Die Transparenz soll zusätzlich durch eine verbesserte Budgetierung und durch die Berichterstattung im Rahmen der Staatsrechnung verbessert werden.

Schliesslich verweise ich auf ein Postulat der SPK-SR (00.3417, Straffung des Informationswesens), mit welchem die Überprüfung einer Straffung des Informationsangebotes verlangt wurde. Der Bundesrat war bereit, diesen Prüfungsauftrag entgegenzunehmen. Er ist dem Bundesrat vom Ständerat in dieser Session denn auch erteilt worden.

Aus meinen Ausführungen können Sie ersehen, dass der Bundesrat bereit ist, seinen Informations- und Kommunikationsauftrag laufend zu konzentrieren und zu verbessern. Die Bundeskanzlei möchte hier einen besonderen Beitrag leisten.

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Herr Borer ist von der Antwort nicht befriedigt. Er hat gesagt, dass er «weiterpickeln» werde.

00.3168

**Postulat Bühlmann Cécile.
Zweisprachige Verbände.
Übersetzungsfonds**

**Postulat Bühlmann Cécile.
Associations bilingues.
Fonds pour la traduction**

Einreichungsdatum 24.03.00

Date de dépôt 24.03.00

Nationalrat/Conseil national 02.10.00

Bühlmann Cécile (G, LU): Ich frage mit meinem Postulat den Bundesrat an, ob er bereit sei, einen Übersetzungsfonds für schweizerisch tätige Verbände, vor allem Frauenverbände, und andere Nichtregierungsorganisationen einzurichten. Ich bin – vermutlich wie Sie alle – im Februar diesen Jahres mit einem Schreiben des Evangelischen Frauenbundes der Schweiz auf dieses Anliegen aufmerksam gemacht worden, und es hat mich überzeugt. Deshalb habe ich dieses Postulat eingereicht und schreibe in meiner Begründung dafür – ganz im Sinne der Anfrage des Evangelischen Frauenbundes der Schweiz –, dass die Aufwendungen für Übersetzungen für national tätige Organisationen deren finanzielle Möglichkeiten oft übersteigen und dass diese Organisationen für den nationalen Zusammenhalt wichtige Arbeit leisten.

Das ist das Anliegen, dass ich mit meinem Postulat vorgebracht habe, und ich denke, es ist durch die Ereignisse der letzten Wochen noch akuter geworden. Der Sprachfrieden in der Schweiz wird durch die Entscheidung des Zürcher Erziehungsdirektors, Englisch als erste Fremdsprache einzuführen, wenn nicht gefährdet, so doch mindestens tangiert. Wer den beiden Erziehungsdirektoren Buschor und Schmid Carlo in der «Arena» vom vorletzten Freitag zugehört hat, hat festgestellt, dass der Entscheid zugunsten des Englischen vor dem Französischen bereits gefallen ist und dass die Irritation darüber sehr gross ist, vor allem in der Romandie. Psychologisch gesehen wird dieser Entscheid die Bereitschaft innerhalb der Schweiz, die Sprache des Nachbarn zu lernen, nicht vergrössern, sondern tendenziell verkleinern. Deshalb kommt diesen national tätigen Nichtregierungsorganisationen und ihrem Wirken für den Zusammenhalt der Schweiz in der Zukunft eine eher noch wichtigere Bedeutung zu als bisher. Ihr Bestreben, durch Übersetzungen in die Landessprachen das gegenseitige Verständnis zu fördern, wird immer wichtiger, vielleicht auch deshalb, weil die Leute die Landessprachen in der Zukunft tatsächlich immer schlechter sprechen werden.

Leider sieht das der Bundesrat nicht so. Er listet lauter Schwierigkeiten auf, die die Verwirklichung dieses Vorhabens bringen könnte. In der Stellungnahme des Bundesrates haben Sie eine ganze Liste davon: lauter Schwierigkeiten, die er ins Feld führt. Ich verzichte darauf, sie aufzuführen; Sie können sie auf der zweiten Seite der Stellungnahme nachlesen. Wenn man das alles liest, erhält man den Eindruck, dass der Bundesrat vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht; das Anliegen gerät vor lauter technischen Schwierigkeiten völlig in den Hintergrund. Ich bedaure das sehr und bitte den Rat, hier weiser zu sein als der Bundesrat und für das Postulat zu entscheiden, also das Anliegen zu unterstützen. Es ist auch zum Wohle des Sprachfriedens in der Schweiz.

Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen.

Huber-Hotz Annemarie, Bundeskanzlerin: In unserem mehrsprachigen Land spielen die Übersetzungen eine wichtige Rolle für die Verständigung zwischen den Sprachregionen, insbesondere wenn es um die Übersetzung von offiziellen Dokumenten in alle Amtssprachen geht. Der Bundesrat misst dieser Frage denn auch die nötige Bedeutung zu und setzt

dafür zu Recht erhebliche Mittel ein. Mit dem Verständigungs- und Amtssprachengesetz, welches dem Parlament zu Beginn des nächsten Jahres vorgelegt werden soll, soll in weiteren Bereichen ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Verständigung getan werden.

Der Bundesrat ist überzeugt, dass die Verständigung mit Übersetzungen allein nicht verbessert werden kann. Er ist skeptisch, ob sich der Bund über den offiziellen Bereich hinaus engagieren soll. Die Forderung des Postulates geht ihm eindeutig zu weit. Der Bundesrat hat die Gründe für die Ablehnung in seiner Antwort dargelegt. Ich möchte zwei Gründe hervorheben:

Einerseits geht es um die Frage der Abgrenzung. Was ist mit gesamtschweizerisch tätigen Nichtregierungsorganisationen gemeint? Wer setzt die Kriterien dafür fest? Dies sind Abgrenzungen, die schwer vorzunehmen sind. Die zweite Frage ist jene nach den finanziellen Mitteln. Selbst ein grosszügig ausgestatteter Fonds würde kaum ausreichen, alle Bedürfnisse abzudecken. Die Gefahr würde bestehen, dass Beiträge nach dem Giesskannenprinzip verteilt würden, ohne dass man damit dem Ziel einer besseren Verständigung zwischen den Sprachregionen näher kommen würde.

Im Namen des Bundesrates bitte ich Sie deshalb, das Postulat abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung des Postulates 49 Stimmen

Dagegen 86 Stimmen

00.423

**Parlamentarische Initiative
Stamm Luzi.
Spielbankengesetz.
Revision von Artikel 61
Initiative parlementaire
Stamm Luzi.
Loi sur les maisons de jeu.
Révision de l'article 61**

Einreichungsdatum 19.06.00

Date de dépôt 19.06.00

Bericht RK-NR 05.07.00

Rapport CAJ-CN 05.07.00

Nationalrat/Conseil national 02.10.00

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 10 zu 3 Stimmen bei 6 Enthaltungen, der Initiative keine Folge zu geben.

Antrag Pelli

Der Initiative Folge geben

Schriftliche Begründung

Die Geschäftsprüfungskommission ist zur Erkenntnis gelangt, dass der Bundesrat bei der Erteilung der Spielbankbewilligungen unkorrekt vorgegangen ist. Das Gesuch von Mendrisio wurde auf die lange Bank geschoben, während später eingereichte Gesuche von Biel und Schaffhausen noch bewilligt wurden.

Der Bundesrat hat die Empfehlung der GPK, nachträglich endlich einen Entscheid zu treffen, schlicht und einfach missachtet. 101 Ratsmitglieder haben deshalb die Parlamentarische Initiative Stamm Luzi unterzeichnet, damit das Parlament die Verfehlung des Bundesrates korrigiert.

Die Kommission für Rechtsfragen beantragt Ablehnung der Initiative aus juristischen Gründen, weil nicht via Gesetz in den Kompetenzbereich des Bundesrates eingegriffen werden dürfe. Wie ein neues juristisches Gutachten zeigt, ist diese Frage umstritten. Es besteht deshalb kein Grund, weshalb die 101 Mitunterzeichner wegen juristischen Spitz-

findigkeiten ihre Meinung ändern sollten. Die Gutheissung der Initiative ist notwendig, um die vom Bundesrat verursachte Ungerechtigkeit zu korrigieren. Wenn dem Nationalrat die Erkenntnisse der GPK im Falle Mendrisio schon bei Erlass des Gesetzes bekannt gewesen wären, hätte schon damals eine andere Gesetzesfassung resultiert.

Proposition de la commission

La commission propose, par 10 voix contre 3 et avec 6 abstentions, de ne pas donner suite à l'initiative.

Proposition Pelli

Donner suite à l'initiative

Développement par écrit

La Commission de gestion est parvenue à la conclusion que le Conseil fédéral n'a pas agi de manière correcte dans l'octroi d'autorisations pour maisons de jeu. Il a fait traîner en longueur la requête concernant le casino de Mendrisio alors que les demandes déposées plus récemment par des établissements à Bienne et à Schaffhouse ont été acceptées.

Le Conseil fédéral a purement et simplement ignoré la recommandation de la CdG selon laquelle il devait enfin, et après coup, prendre une décision. C'est pourquoi 101 parlementaires ont signé l'initiative parlementaire Stamm Luzi, dans le but de faire corriger par le Parlement les manquements du Conseil fédéral.

La Commission des affaires juridiques propose de ne pas donner suite à l'initiative pour des motifs juridiques, car il n'est pas admissible, selon elle, d'interférer dans le domaine de compétences du Conseil fédéral par le truchement de la loi. Or, comme le démontre un récent avis de droit, cette question est contestée. Il n'y a donc aucune raison pour que des tracasseries juridiques obligent 101 membres du Parlement à modifier leur opinion. Il faut donner suite à l'initiative pour que l'injustice commise par le Conseil fédéral soit corrigée. Si le Conseil national avait eu connaissance des résultats de l'enquête de la CdG sur Mendrisio au moment où la loi a été édictée, il aurait certainement édicté à cette époque-là une autre version de la loi.

Stamm Luzi (R, AG): Im Grunde genommen wurde am Mittwoch letzter Woche zu diesem Geschäft alles gesagt. Es geht nicht um Mendrisio und Herisau, sondern es geht – aus meiner Optik als Initiant – um die Problematik des Verhältnisses zwischen GPK und Bundesrat. Sie wissen, dass die GPK zum Schluss gekommen ist, dass gewisse Dinge nicht richtig gelaufen sind. Mendrisio und Herisau haben die Bewilligungen nicht erhalten. Hingegen haben Biel und Schaffhausen die Bewilligungen erhalten, obwohl sie ihre Anträge nach Mendrisio deponiert haben.

In der GPK kamen wir zum Schluss, dass der Bundesrat hätte entscheiden müssen. Der Bundesrat kam den Aufforderungen, dies nachzuholen, nicht nach. Deshalb hat die GPK gesagt, das Geschäft sei nicht ordentlich über die Bühne gegangen. Meine Parlamentarische Initiative will diesen Fehler korrigieren.

Ich bitte Sie deshalb, der Parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben 68 Stimmen

Dagegen 73 Stimmen

00.404

Parlamentarische Initiative

Triponez Pierre.

Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer.

Änderung

Initiative parlementaire

Triponez Pierre.

Loi sur la TVA.

Modification

Einreichungsdatum 23.03.00

Date de dépôt 23.03.00

Bericht WAK-NR 28.08.00

Rapport CER-CN 28.08.00

Nationalrat/Conseil national 02.10.00

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Die Kommission beantragt mit 14 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Initiative Folge zu geben.

Angenommen – Adopté

99.308

Standesinitiative Zürich.

Mehrwertsteuer

für den öffentlichen Verkehr

Initiative cantonale Zurich.

Taxe sur la valeur ajoutée

pour les transports publics

Einreichungsdatum 24.11.99

Date de dépôt 24.11.99

Bericht WAK-SR 18.05.00

Rapport CER-CE 18.05.00

Ständerat/Conseil des Etats 22.06.00

Bericht WAK-NR 28.08.00

Rapport CER-CN 28.08.00

Nationalrat/Conseil national 02.10.00

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Die Kommission beantragt mit 10 zu 8 Stimmen, der Standesinitiative keine Folge zu geben. Eine Minderheit (Berberat, Fässler, Genner, Goll, Gysin Remo, Rechsteiner Paul, Rennwald, Studer Heiner) beantragt, ihr Folge zu geben.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Die Standesinitiative Zürich fordert eine Ermässigung des Mehrwertsteuersatzes für den öffentlichen Verkehr. Gleichzeitig fordert die Initiative den vollen Vorsteuerabzug, der ja derzeit wegen der Subventionierungen des öffentlichen Verkehrs gekürzt wird. Die WAK hat mit 10 zu 8 Stimmen beschlossen, dieser Standesinitiative keine Folge zu geben, gleich wie der Ständerat, der diese Initiative mit 19 zu 14 Stimmen abgelehnt hat. Eine Minderheit beantragt, der Standesinitiative Folge zu geben. Welches waren die Gründe für die Ablehnung? Die Annahme der Initiative hätte beträchtliche Steuerausfälle von 280 bis 460 Millionen Franken zur Folge, je nachdem, welchen Sondersatz man verwenden würde, 3,5 oder 2,3 Prozent. Davon gehen für den Vorsteuerabzug 120 bis 130 Millionen Franken verloren.

Wir gehen davon aus, dass eine Begünstigung des öffentlichen Verkehrs zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen führen würde. Die Kostentransparenz würde massgeblich gestört. Wir befürworten eine klare Trennung zwischen der Besteuerung und den Subventionen. Es wäre auch sehr schwierig, den öffentlichen Verkehr wirklich fair abzugrenzen.

zen, weil es heute sehr viele Mischformen gibt. Es wäre zum Beispiel nicht klar, ob man die konzessionierten Fluglinien mit Linienflügen wie die Swissair, die Bergbahnen, aber auch private Postautohalter oder private Schultransporte befreien müsste.

Noch schwieriger ist die Unterscheidung im Gütertransport: Stückgutverkehr würde dann vielleicht als öffentlicher Verkehr betrachtet, Kiestransporte, wo der ganze Zug durch ein Unternehmen betrieben wird, als Privatverkehr – und das Ganze wird noch komplizierter, wenn die Schienen einmal auch für ausländische Transportunternehmen öffentlich zugänglich sein werden.

Die Kommission kann sich auch nicht mit der Idee anfreunden, der Mehrwertsteuersatz sei einzufrieren, wie dies beispielsweise im Mitbericht der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen in Betracht gezogen wird: Denn die Mehrwertsteuer für den öffentlichen Verkehr hat wirklich keinen Zusammenhang mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, weil ja keine Konkurrenz beispielsweise zwischen einem Tram in Zürich und einem Bus in Köln besteht.

Die Minderheit weist auf die negativen Auswirkungen der Mehrwertsteuer auf die Nachfrage hin. Dies hat sicher zugefallen, ist aber für uns kein genügendes Gegenargument, um den öffentlichen Verkehr von der Mehrwertsteuer zu befreien.

Deshalb empfehle ich Ihnen im Namen der WAK, der Standesinitiative Zürich keine Folge zu geben.

Genner Ruth (G, ZH): Herr Kaufmann, Sie argumentieren, dass es aus wettbewerbstechnischen Gründen nicht sinnvoll ist, hier für die Mehrwertsteuer eine Ausnahme zu machen. Wie erklären Sie sich, dass der öffentliche Verkehr in allen europäischen Ländern entweder von der Mehrwertsteuer befreit ist oder dass für den öffentlichen Verkehr dort nur der halbe Mehrwertsteuersatz erhoben wird?

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Erstens hat man in der EU höhere Mehrwertsteuern, und zweitens muss es noch lange nicht richtig sein, nur weil die Nachbarländer höhere Sätze haben und dann befreien.

Favre Charles (R, VD), pour la commission: Le canton de Zurich nous propose donc une exonération partielle de la TVA pour les transports publics ainsi qu'une possibilité de déduire la totalité de l'impôt préalable.

C'est idée en soi n'est pas nouvelle puisqu'elle a déjà été débattue lors des travaux concernant la nouvelle loi sur la TVA et que notre Parlement a tranché négativement face à cette proposition. Nous avons aussi eu l'occasion de traiter une motion Leuenberger (96.3480) qui proposait également l'exonération de la TVA; le Conseil fédéral, quant à lui, proposait le rejet de cette motion. La majorité de votre commission propose également de ne pas donner suite à cette initiative pour les raisons suivantes, il y a en fait plusieurs types d'arguments qui peuvent être évoqués.

Tout d'abord la cohésion des décisions de notre Parlement. Je l'ai dit tout à l'heure, le débat a eu lieu à plusieurs reprises et à chaque fois notre Parlement s'est exprimé contre cette exonération des transports publics. Serait-il sage, au moment où la nouvelle loi sur la TVA n'est pas encore entrée en vigueur, de déjà modifier celle-ci sur un point essentiel? Ceci irait tout simplement à l'encontre la sécurité du droit.

Deuxième type d'argument que l'on peut évoquer: les raisons de politique générale. Aujourd'hui, l'on demande aux collectivités publiques de pouvoir se déterminer avec une vérité sur les prix. Une réduction de TVA est en contradiction avec cette notion de transparence, cette notion de vérité des prix. Il est nécessaire, pour mener de bonnes politiques, de connaître le coût exact des prestations qui sont fournies, les coûts réels. La proposition zurichoise va à l'encontre de cette transparence. Il est en effet tout à fait souhaitable de dissocier nos politiques. D'un côté, une politique fiscale, qui impose les citoyens et les entreprises de ce canton, de ce pays, avec pour but de faire rentrer de l'argent dans les cais-

ses afin que les collectivités publiques puissent mener leur politique. De l'autre, les politiques des transports publics que nous soutenons à l'aide de subventions. Il s'agit de ne pas confondre imposition et non-subvention.

Il s'agit également d'éviter des problèmes de distorsion de la concurrence: la proposition zurichoise propose que cette concurrence soit traitée de façon quelque peu négative. Ainsi, les transports publics seraient préférentiels au cas où il serait donné suite à cette initiative.

Troisième type d'argument que l'on peut évoquer: l'aspect financier de cette proposition avec des pertes significatives pour la Confédération. Ainsi une TVA réduite à 2,3 pour cent signifierait une perte de l'ordre de 210 à 230 millions de francs par an, alors qu'une déduction de l'impôt préalable conduirait à une perte de 120 à 130 millions de francs par an.

Dernier type d'argument: difficulté d'application de cette proposition. En effet, quel traitement faudrait-il appliquer aux entreprises de transports collectifs privés, par exemple les bus scolaires? Devraient-ils être exonérés de la TVA, oui ou non? Ensuite, ce taux de TVA réduit s'appliquerait-il aussi aux transports publics de marchandise par train ainsi qu'aux transports privés, de façon à éviter les problèmes de concurrence? Cette question-là n'est pas résolue à l'heure actuelle. Il est clair que les personnes soutenant cette initiative nous parleront, comme ça a été fait tout à l'heure, de la situation dans les pays européens avec des taux de faveur. Nous répondons à cela que notre pays a une indépendance en la matière et que nous ne sommes pas en concurrence avec les autres systèmes de transports publics étrangers.

Autre argument évoqué par les personnes soutenant cette initiative, à savoir le fait qu'il est peut-être peu judicieux de donner d'une main des subventions et de l'autre main ponctionner par la TVA. Encore une fois, je reviens sur cet argument de base à savoir bien différencier nos deux politiques: une politique pour les transports publics avec des subventions et une politique fiscale.

Plusieurs instances se sont déjà penchées sur cette question, notamment votre Commission des transports et des télécommunications qui, par corapport, vous propose en fait de geler le taux de la TVA et est opposée aux déductions de l'impôt préalable. Le Conseil des Etats va dans la même direction que votre commission, à savoir le refus de donner suite à cette initiative.

C'est la raison pour laquelle votre commission, par 10 voix contre 8, considérant que la question a été largement traitée, que l'initiative du canton de Zurich manque de transparence, vous demande de ne pas y donner suite.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): Comme vous l'avez lu dans le rapport de la commission une forte minorité souhaite donner suite à l'initiative du canton de Zurich demandant un taux réduit de la TVA pour les transports publics.

La minorité de la commission souhaiterait que vous donniez suite à l'initiative afin de pouvoir clarifier, dans le cadre de la seconde phase, un certain nombre de points, entre autres les effets concrets sur les transports publics d'une réduction du taux de la TVA et d'une suppression de l'impôt préalable. La minorité demande également que soit examinée dans cette deuxième phase la proposition faite par la Commission des transports et des télécommunications de notre Conseil qui, dans son corapport, souhaitait geler le taux de la TVA.

Ce que l'on peut constater, c'est que plusieurs augmentations du taux de la TVA sont envisagées. On sait que ce taux, qui est encore de 7,5 pour cent, va augmenter à 7,6 pour cent dès le 1er janvier 2001 et qu'il pourrait encore monter dans l'avenir à 10 ou à 12 pour cent. On sait également que chaque augmentation du taux de la TVA entraîne une hausse du prix des transports publics et par conséquent, vu la faible élasticité de la demande dans ce domaine, il entraîne aussi un exode possible des clients des transports publics vers les transports individuels. Il s'agirait donc, si on ne veut pas assister à une baisse de la compétitivité des transports publics, de limiter le taux de la TVA sur ces transports.

Il existe pour cela deux variantes. Soit on baisse le taux de 7,5 à 3,5 ou à 4 pour cent, soit on le gèle à 7,6 pour cent pour l'avenir – solution qui nous paraît la meilleure. Cela éviterait que les transports publics n'aient à pâtir des futures hausses du taux ordinaire de la TVA. Ce qu'il faut savoir, c'est que le taux de 7,6 pour cent serait comparable au taux appliqué aux transports publics dans certains pays de l'Union européenne, en ce qui concerne ceux qui ont effectivement des taux de TVA pour lesdits transports publics, puisque vous savez sans doute que certains pays exonèrent totalement les transports publics sur longue ou courte distance.

La minorité de la commission partage donc la position de la Commission des transports et des télécommunications de notre Conseil, qui recommande de geler le taux de TVA à 7,6 pour cent en estimant qu'une augmentation des prix qui serait liée aux augmentations prévues du taux de la TVA iraient à l'encontre des efforts importants déployés dans ce pays pour favoriser les transports publics.

En effet, on peut dire actuellement que la situation est pour le moins paradoxale puisque la Confédération reprend d'une main ce qu'elle donne de l'autre. D'un côté, elle favorise les transports publics en payant des subventions, certes pas toute seule puisque les cantons et les communes y participent, mais d'un autre côté elle prélève une TVA. Il serait donc normal d'avoir un taux réduit, ce qui éviterait que l'on ait des subventions plus élevées de la part de la Confédération, des cantons et des communes. Il s'agit d'une sorte de cercle vicieux, puisque l'on sait que toute hausse de la TVA augmente le déficit des transports publics, puisqu'on assiste très souvent à une baisse de fréquentation, donc à une baisse du chiffre d'affaires.

Souvent, en plus de cela, le déficit augmente et de ce fait on augmente les subventions. Ce cercle vicieux à nos yeux n'est plus acceptable. Ce taux bloqué deviendrait donc à la prochaine augmentation de la TVA, après celle à 7,6 pour cent, un taux spécial. Je sais que cela gêne certains, notamment le Conseil fédéral qui a toujours prôné l'universalité des taux.

J'aimerais toutefois vous rappeler que lorsqu'il s'est agi par exemple de l'hôtellerie, tous ces beaux principes ont été oubliés, et le taux en ce qui concerne ce secteur économique a bel et bien baissé. Si on admet que l'hôtellerie a besoin d'un taux réduit, à notre sens les transports publics en ont également grandement besoin.

En conclusion, la minorité de la Commission de l'économie et des redevances vous demande de donner un signal positif en faveur des transports publics et de donner suite en première phase à cette initiative du canton de Zurich. Cela permettrait en outre au Conseil des Etats, qui n'a pas donné suite à l'initiative à une courte majorité, de revoir sa position, et cela nous donnerait la possibilité d'examiner cette initiative en deuxième phase, quitte à ne retenir que le blocage du taux à 7,6 pour cent en abandonnant toute idée de baisse du taux ou de déduction totale de l'impôt préalable.

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben 70 Stimmen

Dagegen 84 Stimmen

99.463

Parlamentarische Initiative Zisyadis Josef. Befreiung vom Militärpflichtersatz für dienstuntaugliche Personen Initiative parlementaire Zisyadis Josef. Exonération de la taxe militaire pour toute personne déclarée inapte au service

Einreichungsdatum 21.12.99

Date de dépôt 21.12.99

Bericht SiK-NR 22.05.00

Rapport CPS-CN 22.05.00

Nationalrat/Conseil national 02.10.00

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Die Kommission beantragt mit 18 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Initiative keine Folge zu geben.

Zisyadis Josef (–, VD): L'initiative parlementaire que je présente a pour objectif implicite de renforcer l'idée qu'il y a une nécessité de rendre un service à la nation.

Fondamentalement, et je pense que vous l'avez compris, elle diffère de l'initiative qui proposait il y a quelques années d'abolir la taxe militaire. Il s'agit au fond de savoir comment les personnes qui ont été reconnues inaptes au service pourraient rendre un service effectif autrement qu'en payant. La seule possibilité aujourd'hui offerte à ces personnes déclarées inaptes par l'administration militaire est de payer une taxe.

Est-ce la seule façon de rendre un service au pays, le faire sur le plan financier? Je pense qu'il est temps d'ouvrir la réflexion et de se demander s'il n'y a pas justement d'autres moyens. Il faut en effet se demander si l'appellation «taxe militaire» ne devrait pas être changée et s'il ne serait pas possible de réclamer des citoyens déclarés inaptes au service militaire d'effectuer un service à la collectivité. Pourquoi l'Etat se prive-t-il d'une somme de compétences qui ne demande qu'à être mise en valeur?

C'est à l'Etat, en fonction des aptitudes et des capacités des personnes qu'il recrute, de les utiliser, soit pour le service de la défense nationale, soit pour d'autres tâches d'intérêt général qu'il faudrait imaginer. Au moment où l'«Armée 200X» est en train de chercher son nouveau visage et au moment où nous ne connaissons pas avec exactitude quels seront les effectifs et surtout de combien seront-ils réduits, il me paraît opportun de se poser la question s'il n'y aura pas une nouvelle catégorie de citoyens qui sera concernée par l'inaptitude déclarée de manière unilatérale par l'administration militaire. La question au fond est d'envisager que des citoyens puissent effectuer leur «corvée démocratique» autrement qu'en payant une taxe militaire.

Je vous invite à donner suite à cette initiative parlementaire. Il me paraît impensable qu'en pleine réforme de l'armée on continue à considérer des personnes inaptes comme des citoyens de seconde zone, juste bons à remplir les caisses et rien d'autre. Il n'est pas saugrenu d'oser imaginer de la part de l'Etat un renversement de rôle et une vision plus ouverte. Il y a aujourd'hui dans ce pays des citoyens qui se sentent exclus de la société simplement parce qu'on les considère comme des payeurs.

Je vous invite à donner suite à mon initiative parlementaire.

Engelberger Eduard (R, NW), für die Kommission: Die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) hat an ihrer Sitzung vom 22. Mai 2000 die Parlamentarische Initiative Zisyadis behandelt, beraten und Herrn Zisyadis angehört.

Er hat dabei zusammengefasst Folgendes erklärt: Das Ziel der Initiative besteht darin, die für den Militärdienst als untauglich erklärten Personen von der Ersatzpflicht zu befreien. Er widersetzte sich dem Argument, dass im Grund jede Dienstuntauglichkeitserklärung als Invaliditätsanerkennung ausgelegt werden könnte. Seiner Meinung nach kann der Begriff der Invalidität sehr wohl von jenem der Dienstuntauglichkeit losgelöst werden. Er hat auch heute Abend in seiner Begründung keine anderen Argumente vorgebracht als jene, die er schon anlässlich der Kommissionssitzung der SiK angeführt hatte.

Von der Verwaltung war Herr Walter Sigrist, Chef der Sektion Wehrpflichtersatz, anwesend. Er hat die Meinung der Verwaltung bekannt gegeben und unter anderem Folgendes gesagt: «Mit diesem Begehren wird der Wehrpflichtersatz abgeschafft, damit rüttelt diese Forderung auch an der allgemeinen Wehrpflicht.»

Nach geführter Diskussion in der SiK war die Meinung ganz klar, dass die 1995 eingeführten Gesetzesänderungen insbesondere für Behinderte merkliche Verbesserungen und mehr Gerechtigkeit in das System der Ersatzpflicht gebracht haben. Die erste Forderung des Initianten ist somit erfüllt. Wie die Erfahrungen gezeigt haben, sind die angestrebten Ziele erreicht worden, und es gibt keinen Grund, hier noch weiter zu gehen.

Die zweite Forderung, wonach die Dienstuntauglichkeitserklärung automatisch die Befreiung von der Ersatzpflicht nach sich ziehen soll, stand bereits 1994 anlässlich der Revision des Bundesgesetzes über den Wehrpflichtersatz zur Debatte. Damals sprachen sich sowohl die Kommissionen als auch die Räte grundsätzlich für die Ersatzbefreiung von Behinderten aus. Nie zur Diskussion stand hingegen, die Dienstuntauglichkeit als Befreiungsgrund einzuführen. In den Augen der SiK-NR besteht keine neue Ausgangslage.

Die Initiative ist aber aus verschiedenen Gründen mehr als nur problematisch.

1. Das Prinzip der Ersatzpflicht ist in der Bundesverfassung festgeschrieben. Diese Abgabe ist eng mit der allgemeinen Wehrpflicht verknüpft. Sie ist eine finanzielle Ersatzleistung für einen nicht geleisteten Dienst, Militär- oder Zivildienst, und bildet somit einen Teil des Gesamtkonzeptes. Die Initiative würde somit nicht nur das ganze Wehrpflichtskonzept tief greifend verändern, sondern auch eine Ungleichbehandlung zwischen Dienstleistenden und Dienstuntauglichen schaffen, die zu keiner finanziellen Gegenleistung mehr verpflichtet wären. Die SiK unseres Rates möchte weder an der allgemeinen Wehrpflicht rütteln noch zusätzlich eine derartige Ungerechtigkeit schaffen.

2. Für den Fall, dass die Dienstuntauglichkeit als Befreiungsgrund eingeführt würde, würde die Ersatzabgabe ihres eigentlichen Sinnes, der Wehrgerechtigkeit, beraubt, da nur noch die Dienstverschieber weiterhin Ersatzpflicht leisten müssten, die nur gerade 10 Prozent aller heutigen Ersatzpflichtigen darstellen. Die SiK unseres Rates ist gegen diese Änderung.

3. Schliesslich wird das Bundesgesetz über den Wehrpflichtersatz im Zuge der «Armée XXI», insbesondere wegen der Verkürzung der Wehrpflichtdauer, vermutlich revidiert werden müssen. Die SiK unseres Rates ist der Meinung, dass in diesem Zusammenhang dann Änderungen notwendig sind oder notwendig sein könnten. Sie ist aber dagegen, dass dabei die Ersatzpflicht erneut in Frage gestellt wird.

Ich komme zum Schluss: Die SiK hat mit 18 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, der Initiative keine Folge zu geben. Es gibt auch keine Minderheit.

Ich beantrage Ihnen deshalb im Namen der Kommission, der Initiative keine Folge zu geben.

Bugnon André (V, VD), pour la commission: L'initiative parlementaire Zisyadis, rédigée sous la forme d'une demande conçue en termes généraux, demande que toute personne reconnue inapte au service militaire soit exonérée de la taxe d'exemption de servir. Lors du développement de son initiative parlementaire en date du 22 mai 2000, devant la com-

mission, l'auteur de l'initiative, se rendant compte qu'il aurait de la peine à convaincre cette dernière de prendre en considération son projet, a émis comme variante le souhait de modifier la loi de façon à ce qu'elle laisse le libre choix aux personnes déclarées inaptes au service soit de payer la taxe d'exemption de servir, soit d'accomplir un service civil qu'il faudrait créer. Ce service civil devrait répondre à une notion générale de rendre service au pays, selon des directives qu'il faudrait encore établir.

Il s'agirait de savoir comment des personnes qui auraient été déclarées inaptes au service pourraient rendre un service effectif au pays autrement qu'en payant une taxe. Aujourd'hui en effet, la seule possibilité offerte aux personnes déclarées inaptes au service par l'administration militaire est de s'acquitter de la taxe d'exemption, cas AI exceptés, alors que l'auteur de l'initiative souhaite mettre en place d'autres formes d'engagement répondant à la notion de rendre service à la collectivité.

Lors de la discussion, il a réfuté l'argument avancé disant que, sur le plan juridique, toute déclaration d'inaptitude au service équivaldrait à une reconnaissance sur le plan médical d'invalidité au sens large du terme, avec les conséquences financières que cela implique. Selon lui, il est possible de disjoindre les deux notions. Au cours de la discussion, il a été rappelé que les personnes reconnues comme inaptes au service et mises au bénéfice d'une rente ou d'une allocation pour impotent de l'assurance-invalidité sont actuellement déjà exonérées de la taxe militaire et que le service civil existe déjà pour les objecteurs de conscience.

La proposition de M. Zisyadis engendrerait des inégalités de traitement parmi les personnes inaptes au service. De plus, la mise en place, sous diverses formes à définir, de structures répondant à la notion de rendre service au pays engendrerait des coûts très élevés. En outre, la Constitution fédérale devrait certainement être révisée car elle ne permet actuellement pas la mise en place d'une telle institution.

Après la discussion de la commission, l'auteur de l'initiative demande la transformation de celle-ci en postulat, en proposant de rédiger sur le champ un nouveau texte tenant compte de l'analyse et des points de vue exprimés par la commission, nouveau texte dont les propositions pourraient être liées à la mise en place du projet de modernisation de l'armée, «Armée XXI».

Après discussion sur ce projet de transformation en postulat, la commission a refusé d'entrer en matière sur celui-ci.

Puis, la commission a constaté que le fait de donner suite à l'initiative parlementaire Zisyadis induirait des inégalités de traitement par rapport à la situation actuelle, et qu'en fait considérer la déclaration d'inaptitude au service comme un critère d'exonération reviendrait en dernier lieu à abolir complètement la taxe d'exemption de l'obligation de servir, comme l'a fait remarquer le Conseil fédéral dans son message du 12 mai 1993 concernant la révision de la loi sur la taxe d'exemption du service militaire. En effet, toute inaptitude au service pourrait au sens large être qualifiée d'invalidité.

La commission a constaté, d'autre part, que la mise en place de structures répondant à l'idée de l'auteur de l'initiative provoquerait des charges financières supplémentaires certainement conséquentes, que la Constitution fédérale devrait être modifiée et qu'enfin la législation actuelle permet de prendre en compte toutes les situations.

Elle vous propose, par 18 voix sans opposition et avec 1 abstention, de refuser de donner suite à l'initiative parlementaire Zisyadis.

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben 40 Stimmen

Dagegen 96 Stimmen

99.455

**Parlamentarische Initiative
Zwygart Otto.
Verfassungsgerichtsbarkeit
Initiative parlementaire
Zwygart Otto.
Contrôle de la constitutionnalité
des lois**

Einreichungsdatum 08.10.99

Date de dépôt 08.10.99

Bericht RK-NR 03.07.00

Rapport CAJ-CN 03.07.00

Nationalrat/Conseil national 02.10.00

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Die Kommission beantragt mit 12 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Initiative keine Folge zu geben. Eine Minderheit (Glasson, Aeppli Wartmann, Aeschbacher, Gendotti, Gross Jost, Heim, Messmer, Vallender) beantragt, ihr Folge geben.
Herr Zwygart ist nicht mehr im Rat. Die Initiative wird von Herrn Aeschbacher übernommen und begründet.

Aeschbacher Ruedi (E, ZH): In Vertretung unseres inzwischen aus dem Rat ausgeschiedenen Kollegen Otto Zwygart beantrage ich Ihnen, es sei der Parlamentarischen Initiative Folge zu geben. Was bezweckt diese Initiative? Sie will die beschränkte konkrete Verfassungsgerichtsbarkeit auf Bundesebene einführen. Das bedeutet, dass das Bundesgericht auf entsprechende Klage hin die Verfassungsmässigkeit eines Bundesgesetzes oder eines allgemein verbindlichen Bundesbeschlusses überprüfen könnte, allerdings nur in einem sinnvoll beschränkten Umfang.

Die Überprüfung kann erstens nämlich nicht generell erfolgen, sondern nur dann, wenn sich die Frage der Verfassungsmässigkeit in einem konkreten Anwendungsfall stellt. Die zweite Beschränkung sieht vor, dass die Verfassungsgerichtsbarkeit nur dann zum Zuge kommen kann, wenn ein Widerspruch zu den individuellen Grundrechten geltend gemacht wird.

Wie kam es zu dieser Parlamentarischen Initiative? Die bei uns auf Bundesebene fehlende Verfassungsgerichtsbarkeit ist schon seit Jahrzehnten von der Lehre als Mangel bezeichnet und die Einführung dieses Instruments, über das die meisten demokratischen Rechtsstaaten der westlichen Welt verfügen, gefordert worden. Dies hat dann den Bundesrat wohl auch veranlasst, mit seiner Botschaft für eine neue Bundesverfassung eine konkrete Normenkontrolle vorzuschlagen. Diese ist von beiden Räten akzeptiert worden, mit der Einschränkung der Verfassungsgerichtsbarkeit auf die individuellen Grundrechte. Erst in der Differenzbereinigung haben die Räte dann die pfannenfertigen Bestimmungen der Verfassungsgerichtsbarkeit unter Zeitdruck wieder aus der Vorlage gekippt – aus unterschiedlichen, vor allem aus taktischen Gründen, unter anderem auch in der verständlichen Absicht, die Totalrevision der Bundesverfassung nicht noch mit diesem neuen Instrument zusätzlich zu belasten.

Alt Nationalrat Zwygart hat uns mit dieser Parlamentarischen Initiative Gelegenheit gegeben, uns ohne Zeitdruck und ohne die Angst, eine wichtige Vorlage damit zu belasten, nochmals mit der Materie auseinanderzusetzen. Wir stehen damit vor einem ganz ähnlichen Fall wie in der vergangenen Woche, als wir uns nochmals mit dem Bistumsartikel in der Verfassung beschäftigt haben. Wir haben nachträglich einzelne Verfassungsbestimmungen diskutiert, mit welchen man seinerzeit die Totalrevision der Bundesverfassung nicht hat belasten wollen.

Warum ist eine konkrete, auf die individuellen Grundrechte beschränkte Normenkontrolle sinnvoll und notwendig? In einem demokratischen Rechtsstaat kommt dem Grundgesetz,

der Verfassung, unbestrittenermassen die höchste Rechtskraft zu. Die Verfassung ist oberste Richtschnur; sie zeigt auf, wie wir zusammenleben wollen, wohin die Reise geht und wo grundsätzlich die Leitplanken sind, über die wir uns nicht hinwegsetzen können. Die Bundesgesetzgebung sowie die kantonalen Gesetze und Erlasse haben diese von der Verfassung gegebenen Leitplanken und Grundrechte zu beachten, müssen also verfassungskonform sein.

Die besten Gesetze aber, die besten rechtsstaatlichen Grundsätze taugen nicht viel, wenn sie ohne Folgen verletzt werden, wenn sie nicht durchgesetzt werden können. Das ist heute leider in Bezug auf die Arbeit des eidgenössischen Gesetzgebers noch so. Die Gesetze, welche die eidgenössischen Räte – allenfalls dann noch das Volk in Volksabstimmungen – festschreiben, können nicht auf ihre Verfassungsmässigkeit überprüft werden, weder generell noch im konkreten Anwendungsfall.

Anders ist dies bei der kantonalen Gesetzgebung, bei den kantonalen Erlassen. Dort hat sich dieses Instrument bestens bewährt. Das Bundesgericht hatte in den letzten 30 Jahren etwa 1800 Fälle in diesem Sinne überprüft. Lediglich in 24 Fällen mussten Korrekturen vorgenommen werden, und in etwas über 100 Fällen mussten Korrekturen von Erlassen der exekutiven Behörden gemacht werden.

Es ist nicht einzusehen, dass sich in einem Rechtsstaat nur der Gesetzgeber einer unteren Staatsebene der beschränkten Verfassungsgerichtsbarkeit stellen müssen, nicht aber der Gesetzgeber des Bundes. Denn auch der Bundesgesetzgeber, auch die eidgenössischen Räte, haben sich bei ihrer Gesetzgebungsarbeit an die von der Verfassung vorgegebenen Leitplanken zu halten. Das ist zwar unbestritten, es ist nur die Frage, ob uns das immer gelingt. Das gelingt uns – unbeabsichtigt wohl – nicht immer. Die Details, wo wir bei den komplexen Dingen nicht in jeder Hinsicht durchblicken können, verhindern oft, dass diese Fragen der Verfassungsmässigkeit genau geklärt werden können. Der Bundesrat und die beiden Kammern haben erkannt, dass die Verfassungsgerichtsgesetzgebung überprüft werden müsste. Verfassungswidrigkeiten können passieren, und da muss eine Korrekturmöglichkeit sein. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Anrecht, dass allfällige derartige Fehler, die uns bei der Gesetzgebung unterlaufen können, entsprechend korrigiert werden.

Ich bitte sie, der Parlamentarischen Initiative Zwygart im Sinne, wie sie in den beiden Kammern schon diskutiert und auch einmal angenommen worden ist, im Sinne auch, wie sie der Bundesrat bei der Überprüfung und Totalrevision der Bundesverfassung vorgeschlagen hat, entsprechend Folge zu geben.

Joder Rudolf (V, BE), für die Kommission: Der Bundesrat hat bereits in seiner Botschaft vom 20. November 1996 über eine neue Bundesverfassung vorgeschlagen, die konkrete Normenkontrolle einzuführen. Der Ständerat stimmte der Verfassungsgerichtsbarkeit knapp zu. Im Nationalrat dagegen wurde die Verfassungsgerichtsbarkeit mit 87 zu 39 Stimmen deutlich abgelehnt. In der Folge gelang es nicht, die Differenzen zwischen den beiden Räten zu beseitigen. Zuerst einigten sich National- und Ständerat auf einen Kompromiss in Form einer Normenkontrolle, beschränkt auf die Grundrechte und das direkt anwendbare Völkerrecht. Dann entstand eine Differenz in der Frage, ob dem Volk die Verfassungsgerichtsbarkeit als Variante zur Abstimmung vorgelegt werden sollte, was einer Aufteilung der Justizreformvorlage gleichgekommen wäre. Schliesslich wurde die Verfassungsgerichtsbarkeit definitiv aus dem Justizreformpaket herausgekippt.

Mit der Parlamentarischen Initiative Zwygart wird nun die Thematik wieder aufgenommen. Die Initiative verlangt einen neuen Artikel in der Bundesverfassung. Nach dieser neuen Bestimmung hat das Bundesgericht im Zusammenhang mit einem konkreten Anwendungsakt zu prüfen, «ob ein Bundesgesetz oder ein allgemein verbindlicher Bundesbeschluss gegen verfassungsmässige Rechte oder gegen

Völkerrecht verstösst». Zudem hat das Bundesgericht auf Begehren eines Kantons zu prüfen, ob in Zusammenhang mit einem konkreten Anwendungsakt «ein Bundesgesetz oder ein allgemein verbindlicher Bundesbeschluss die verfassungsmässig gewährleisteten Zuständigkeiten der Kantone verletzt». In beiden Fällen hat das Bundesgericht zu entscheiden, inwieweit im konkreten Fall das betreffende Bundesgesetz oder der Bundesbeschluss anzuwenden ist. Die Kommission für Rechtsfragen hat die Parlamentarische Initiative Zwygart am 3. Juli 2000 vorgeprüft. Die Kommission beantragt Ihnen mit 12 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Initiative keine Folge zu geben. Die Kommissionsmehrheit lehnt die Initiative aus folgenden Gründen ab:

1. Die Verfassungsgerichtsbarkeit auf Bundesebene entspricht nicht dem politischen System der Schweiz. Zwischen Volk, Parlament und Bundesgericht besteht in der Gesetzgebung ein präzise geregeltes Zusammenwirken. Dieses ist verbunden mit einer klaren Hierarchie zum Schutze des Volksreferendums. Das System basiert auf dem Gewaltentrennungsprinzip. Dieses trennt zwischen Gesetzgebung und Rechtsanwendung. Mit der Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit würde eine nicht unbedeutende Einflussmöglichkeit des Bundesgerichtes auf die Gesetzgebung geschaffen. Eine solche wird aus Gründen der Gewaltentrennung abgelehnt. Die Verantwortung für die Gesetzgebung muss auch in Zukunft das Parlament tragen.

Deshalb darf das Parlament als Gesetzgeber nicht der Kontrolle des Bundesgerichtes unterstellt werden. Das mit der Verfassungsgerichtsbarkeit verbundene Modell von «checks and balances» der sich gegenseitig ergänzenden und beschränkenden Gewalten entspricht nicht unserem schweizerischen System.

2. Der politische Wille des demokratisch stärker legitimierten Gesetzgebers hat den Vorrang vor dem Bundesgericht. Der Gesetzgeber ist das Parlament und im Falle des Referendums auch das Volk. Es wäre stossend, wenn z. B. das Bundesgericht ein vom Volk im Rahmen einer Referendumsabstimmung genehmigtes Bundesgesetz via Normenkontrolle im konkreten Einzelfall als nicht anwendbar erklären könnte, weil dieses Gesetz nach Auffassung des Bundesgerichtes verfassungswidrig ist. Dass sich in einem solchen Fall das Bundesgericht über den Volkswillen stellen könnte, entspricht kaum dem politischen Willen in diesem Land.

3. Die Überlastung des Bundesgerichtes: Eines der Ziele der Justizreform, über die wir am 12. März dieses Jahres abgestimmt haben, war die dringend notwendige Entlastung des Bundesgerichtes. Mit der Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit würde zu diesem Ziel der Entlastung ein Widerspruch geschaffen.

4. Dem Hinweis, dass das Parlament als Gesetzgeber nicht perfekt sei und Fehler bezüglich Verfassungswidrigkeit von Gesetzesbestimmungen geschehen können, ist grundsätzlich zuzustimmen. Aber auch das Bundesgericht ist nicht fehlerfrei. Die Grundfrage bewegt sich im Spannungsfeld zwischen direkter Demokratie und dem Schutz der individuellen Rechte – und hier gehört die Priorität der direkten Demokratie.

Aus diesen Gründen beantrage ich Ihnen im Namen der Kommissionsmehrheit, der Parlamentarischen Initiative Zwygart keine Folge zu geben.

Lauper Hubert (C, FR), pour la commission: Par son initiative, notre ancien collègue Zwygart veut réouvrir le débat sur le contrôle par le Tribunal fédéral de la constitutionnalité des lois votées par le Parlement. Il propose la reprise du texte qui avait été présenté par le Conseil fédéral. Il convient de faire un peu d'histoire et de rappeler tout d'abord que, dans son message relatif à la révision de la constitution, le Conseil fédéral avait prévu un article 178 qui aurait permis au Tribunal fédéral de contrôler, en rapport avec un acte d'application, la constitutionnalité des normes votées par le Parlement.

Au cours des débats, le Conseil des Etats avait admis le projet du Conseil fédéral à une faible majorité. Par contre, au

Conseil national, la discussion fut vive et les débats passionnés entre les tenants d'un contrôle constitutionnel par le Tribunal fédéral et ceux qui s'opposaient à la «République des juges». Le contrôle de la constitutionnalité, même réduit, proposé par le Conseil fédéral ne passa pas la rampe. Au cours de l'élimination des divergences, le Conseil des Etats a maintenu sa décision. Le Conseil national a cherché un compromis et a admis que le Tribunal fédéral puisse contrôler les lois fédérales, mais uniquement par rapport à leur compatibilité avec les droits fondamentaux et avec le droit international directement applicable. Le Conseil des Etats s'était rallié à cette variante et la cause paraissait entendue. C'était sans compter avec les divergences d'ordre politique qui sont apparues lors de la dernière délibération en automne 1999, divergences qui ont fait passer cette mouture édulcorée à la trappe. Le contrôle de la constitutionnalité des normes fédérales par le Tribunal fédéral était ainsi abandonné et le peuple a approuvé la réforme de la justice qui lui était proposée en votation populaire le 12 mars dernier.

La Commission des affaires juridiques a examiné l'initiative parlementaire Zwygart le 3 juillet dernier et vous propose de ne pas y donner suite, par 12 voix contre 8 et avec 1 abstention. Les motifs de la majorité de la commission sont les suivants:

1. Il ne nous paraît pas opportun de modifier déjà maintenant un texte constitutionnel qui vient d'être approuvé par le peuple. Aucun fait survenu depuis la décision du Parlement ne justifie la reprise en considération de celle-ci. Même si la discussion s'est faite en fin de législature et, dit-on, sous la pression du temps, la discussion a bel et bien eu lieu et les décisions ont été prises.

2. La majorité de la commission est d'avis que le contrôle de la constitutionnalité des lois fédérales n'est pas compatible avec le système politique suisse. L'équilibre établi dans notre pays entre peuple, Parlement et Tribunal fédéral dans le processus législatif constitue une hiérarchie claire qui protège la volonté populaire. Y toucher entraînerait le risque de créer ce que j'ai déjà appelé «la République des juges», dont la majorité de la commission ne veut pas. N'est-ce pas le président du Tribunal fédéral lui-même, M. Schubarth, qui déclarait dans une interview avant la votation du 12 mars dernier: «Je ne suis pas persuadé que ce contrôle de la constitutionnalité des lois fédérales soit utile. Le risque est grand que le juge constitutionnel confonde son rôle avec celui de législateur.» C'est précisément ce que nous voulons éviter. L'équilibre dans lequel nous vivons ne doit pas être bousculé. Comment pourrions-nous empêcher, si l'on suivait l'auteur de l'initiative, que le Tribunal fédéral, par exemple, ne déclare incompatible avec l'égalité de traitement l'âge de la retraite qui aurait été fixé en votation populaire à 65 ans pour les hommes et à 63 ans pour les femmes? Nous estimons qu'il faut maintenir la préséance à la volonté politique exprimée par le législateur.

3. Le contrôle des normes, tel qu'il est proposé par l'initiative parlementaire, augmenterait considérablement l'influence de la justice sur le processus législatif. Le Tribunal fédéral aurait la possibilité d'examiner, dans le cadre d'actes d'application, la compatibilité de lois fédérales avec les droits constitutionnels individuels. Les juges fédéraux disposeraient par là d'une grande marge d'interprétation qui ne ferait qu'aller en augmentant avec la complexité croissante de notre législation. La politique législative de la Confédération pourrait être modifiée en tout temps par les juges, ce qui est contraire à l'évidence selon laquelle l'activité législative doit être assurée par le législateur qui doit contrôler a priori la constitutionnalité des lois qu'il édicte. Les partisans de ce contrôle répondront que, selon l'initiative, le Tribunal fédéral ne peut que déclarer une loi inconstitutionnelle et qu'il ne peut pas l'abroger. C'est vrai. Mais comment irez-vous exiger d'une autorité administrative ou fiscale l'application et la mise en oeuvre d'un texte que le Tribunal suprême aurait déclaré contraire à la constitution?

4. Enfin, un argument pratique s'oppose à l'initiative parlementaire. Il s'agit de la surcharge actuelle du Tribunal fédéral, qui serait encore augmentée par les compétences supplé-

mentaires que lui donnerait l'initiative. Le président du Tribunal fédéral a également déclaré que «vu la charge du Tribunal fédéral, ce n'était pas le moment d'y ajouter cette tâche importante».

Voilà les raisons pour lesquelles la majorité de la commission vous invite à ne pas donner suite à l'initiative parlementaire Zwygart.

Glasson Jean-Paul (R, FR): Au nom de la minorité de la Commission des affaires juridiques, je vous propose de donner suite à l'initiative parlementaire de notre ancien collègue Otto Zwygart. Il a en fait ressorti des tiroirs la problématique du contrôle de la constitutionnalité des lois fédérales. Le Parlement dans ses deux Conseils avait mené à terme les discussions sur ce thème, et il avait réussi à éliminer toute divergence dans le cadre de la réforme de la justice. De façon surprenante toutefois, le tout a été enterré en dernière analyse et renvoyé à des jours meilleurs. M. Zwygart a estimé que le temps est venu de reprendre cette question au sein du Parlement. Les débats ont déjà eu lieu et il n'y a pas de grands travaux à engager pour concrétiser l'initiative parlementaire dont nous parlons.

De quoi s'agit-il? D'ores et déjà, les citoyennes et les citoyens peuvent contester devant le Tribunal fédéral les lois cantonales qu'ils estiment contraires au droit fédéral. Les mêmes peuvent en appeler à la Cour européenne des droits de l'homme le cas échéant. Pourquoi le Tribunal fédéral ne pourrait-il pas traiter des cas où une contestation s'élèverait pour violation du droit fédéral par une loi fédérale ou un arrêté que nous aurions votés. La constitution est l'acte juridique suprême et fondamental de notre Etat fédératif de droit. Le Parlement doit donc s'y conformer et la Cour suprême doit pouvoir contrôler si c'est le cas dans des actes d'application concrets par rapport aux droits fondamentaux et au droit international directement applicable.

Ce contrôle de la constitution est aux yeux de la minorité un progrès dans une démocratie moderne. Je rappelle que nous connaissons déjà ce contrôle des lois cantonales par le Tribunal fédéral. Là aussi le peuple s'est exprimé, Monsieur Joder, et parfois il est contesté par le Tribunal fédéral. Aucun citoyen des cantons qui ont vécu ceci en est mort.

Il faut relever aussi que l'on parle bien ici de la violation des droits fondamentaux seulement. Si ceci devait être atteint, il est normal qu'une cour puisse corriger ce fait. On ne devrait pas transiger en la matière, la susceptibilité du législateur étant alors subsidiaire.

Faut-il craindre la «République des juges»? Je ne le crois pas. On nous dit que c'est à l'Assemblée fédérale même de faire ce contrôle. Certes elle le fait, mais parfois la politique ne l'emporte-t-elle pas sur le droit?

La surcharge des tribunaux ne me semble, enfin, pas un argument déterminant non plus. On peut le cas échéant créer de nouvelles structures; dans le cadre de la réforme de la justice nous devons le faire de toute façon.

En conclusion: avec une minorité significative de la Commission des affaires juridiques, j'estime indispensable que nous rouvrons au moins le débat sur la question du contrôle de la constitutionnalité des lois que l'on trouve largement en Europe. Je vous invite donc à donner suite à l'initiative parlementaire Zwygart.

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben 37 Stimmen

Dagegen 74 Stimmen

Schluss der Sitzung um 19.50 Uhr

La séance est levée à 19 h 50